



Nr. 40

Berlin, 16. Oktober 2008

Inhalt:

dbb bundesfrauenvertretung warnt vor nachlassendem frauenpolitischen Engagement - Wildfeuer: „Wir müssen höllisch aufpassen!“ +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb nrw: Umfangreiche Stellungnahme zum Personalhaushalt+++

BBW verlangt breitere Streuung der geplanten Leistungsprämie+++

dbb saar erneuert Forderung nach achtprozentiger

Einkommenserhöhung+++

dbb sachsen-anhalt: Kein Verständnis für Argumentation des

Finanzministers+++

GDBA zum geplatzten Bahn-Börsengang: Bund muss jetzt in

die DB AG investieren+++

GDL begrüßt DB-Börsenstopp: Vorerst den richtigen Schritt getan+++

aktuell

Namen und Nachrichten +++

dbb bundesfrauenvertretung warnt vor nachlassendem frauenpolitischen Engagement - Wildfeuer: „Wir müssen höllisch aufpassen!“

(dbb) Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer hat vor dem Nachlassen des frauenpolitischen Engagements gewarnt. „Wir müssen höllisch aufpassen!“, lautete am 13. Oktober 2008 ihr Apell an die Teilnehmerinnen der Frauenkonferenz des dbb berlin. Insbesondere dürften sich flexible Arbeitszeitmodelle, die überwiegend von Frauen genutzt werden, um Beruf, Familie, gewerkschaftliches Engagement und Weiterbildung zu verbinden, nicht negativ auf den beruflichen Werdegang der Betroffenen auswirken. Auch bei Beurteilungen dürfe Teilzeitbeschäftigung kein Makel sein. Wildfeuer kündigte zur Unterstützung der Frauenvertreterinnen vor Ort die Herausgabe eines Leitfadens durch die dbb bundesfrauenvertretung an, der Diskriminierungsfallstricke im Zusammenhang mit einer leistungsorientierten Bezahlung aufzeigen soll.

Zur besseren Durchsetzung der frauenpolitischen Interessen forderte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung auch in den dbb Beschlussgremien verstärkte weibliche Präsenz. Damit dort ein der weiblichen Mitgliederzahl entsprechender Frauenanteil erreicht wird, ermunterte sie die Frauen zur Kandidatur für Wahlämter beziehungsweise zur Unterstützung der Frauen, die sich um ein gewerkschaftliches Amt bewerben.

Mit der Schlüsselrolle, die den Frauen aller Voraussicht nach bei der Entschärfung des drohenden Nachwuchsmangels im öffentlichen Dienst zukommen wird, setzte sich die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann bei der Berliner Frauenkonferenz auseinander. Allerdings setze eine künftige höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen ein weitgehendes Umdenken voraus, wenn sie nicht mit

weiterem Geburtenrückgang verbunden sein soll. Die „Rush-Hour“ des Lebens, in der Frauen sich in einem sehr kurzen Zeitraum für Ausbildung, Berufseinstieg, Familie und Kinder entscheiden müssen, sei nicht nur deutlich zu verlängern, sondern auch durch flankierende Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu entschärfen, forderte die dbb Vize.

Zugleich müsse Schluss sein mit einem Eingruppierungsrecht, bei dem typische Frauentätigkeiten generell unterbewertet werden, und anderen Diskriminierungen von Frauen am Arbeitsplatz. Lühmann verlangte die Ablösung weitgehend männlicher Strukturen durch gemischt-geschlechtliche, die unter anderem - wie Untersuchungen belegten - auch auf Führungsetagen beste Ergebnisse hervorbrächten.

(01/40/08)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb nrw: Umfangreiche Stellungnahme zum Personalhaushalt

(dbb) Bei der Anhörung zum Personalhaushalt 2009 sind die Vertreter des dbb nordrhein-westfalen (dbb nrw) am 14. Oktober 2008 mit einer umfangreichen Stellungnahme aufgetreten. Zugleich machten sie deutlich, dass sich die Gesamtstimmungslage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst insbesondere bei den Beamten weiter verschlechtert habe. Grund dafür sei die weitere Abkoppelung der Beamtinnen und Beamten als auch der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von der wirtschaftlichen Entwicklung.

„Das ist das Ergebnis einer restriktiven und ungerechten Personalpolitik, wie sie das Land NRW seit Jahren betreibt. Weitere Rückschritte bei den Einkommen, Arbeitszeiterhöhung, Mitbestimmungsdumping und Abbau des Personals in großem Stil mit weiterer Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten sind nur die wichtigsten Belastungen. Dies sind permanente Motivationskiller, die kein Unternehmen, auch nicht das Land NRW angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Situation, brauchen kann“ fasste dbb Landeschef Ralf Eisenhöfer die Kritikpunkte zusammen. „Die politische These vom Personal als wichtigster Ressource wird im Landesdienst NRW zur Farce! Das Personal wird weiterhin systematisch demotiviert!“

In seiner Stellungnahme zum Personalhaushalt hatte der dbb nrw vorrangig folgende Forderungen erhoben: Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge für 2009 mit Einbau eines Sockelbetrages von 100 Euro in das Grundgehalt und eine lineare Erhöhung von 8 Prozent sowie einen „dringenden Nachschlag“ für 2008; Anpassung der Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten mit dem privaten PKW auf 0,40 Cent pro Kilometer; Verbesserung der Personalausstattung im Landesamt für Besoldung und Versorgung sowie die Aufhebung der immer noch bestehenden Beförderungssperren.
(02/40/08)

BBW verlangt breitere Streuung der geplanten Leistungsprämie

(dbb) Der BBW Beamtenbund Tarifunion setzt sich dafür ein, dass nicht nur einige wenige Spitzenleute in den Genuss der im neuen Dienstrecht von Baden-Württemberg vorgesehenen Leistungsprämie kommen. Das sporne die leer ausgehenden Kollegen nicht an, sondern demotiviere sie, sagte der BBW-Vorsitzende Volker Stich gegenüber den Stuttgarter Nachrichten (Ausgabe vom 14. Oktober 2008).

Keine Unterstützung seitens des BBW finden auch die Pläne der baden-württembergischen Landesregierung, das reguläre Pensionsalter für die Beamten des Landes auf 67 Jahre anzuheben. Hier rät der BBW, den „süddeutschen Sonderweg“ (Stich: „Kein anderes Land plant

derartiges“) zu verlassen und fordert mit der Umstellung der Regelaltersgrenze von 2012 bis 2029 für Pensionäre dieselben Bedingungen wie im Rentenrecht zu schaffen.
(03/40/08)

dbb saar erneuert Forderung nach achtprozentiger Einkommenserhöhung

(dbb) Der Chef des dbb saar Artur Folz hat seine Forderung nach einer Erhöhung der Bezüge der saarländischen Landes- und Kommunalbeamten um acht Prozent erneuert. Wie die „Saarbrücker Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 16. Oktober 2008 berichtete, warnte der dbb Landeschef bei der Festveranstaltung zum 50jährigen Bestehen des Deutschen Verwaltungsverbands Saar (dvv saar), dass das Saarland zu den Verlierern der Föderalismusreform gehören werde, wenn es im Wettbewerb mit finanzstärkeren Ländern um gutes Personal im öffentlichen Dienst nicht mithalten kann.

Folz forderte die Landesregierung auf, noch vor der Landtagswahl „die drängenden Fragen“ bei den anstehenden Reformen im Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht „verbindlich zu klären“. Mit Blick auf die Neuordnung des

Laufbahnrechts verlangte er, dass Vor- und Ausbildung weiterhin als Kriterien für die erstmalige Zuordnung in ein Laufbahnsystem maßgeblich bleiben.
(04/40/08)

dbb sachsen-anhalt: Kein Verständnis für Argumentation des Finanzministers

(dbb) Mit Unverständnis hat der dbb sachsen-anhalt am 14. Oktober 2008 auf die Ablehnung der Erhöhung der Wegstreckenentschädigung für dienstlich veranlasste Fahrten mit dem Privatfahrzeug durch den Landesfinanzminister Jens Bullerjahn reagiert.

Bullerjahn hatte seine Ablehnung in einem Schreiben an den dbb sachsen-anhalt mit dem Argument begründet, dass Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz, die entsprechende Erhöhungen zum 1. Januar 2009 beabsichtigen, über eigene Reisekostengesetze verfügten. Sachsen-Anhalt habe dagegen bisher kein eigenes vollständiges Reisekostenrecht geschaffen. Hier sei weiter das Bundesreisekostengesetz anzuwenden.

dbb Landeschef Maik Wagner hatte den Finanzminister Ende September 2008 aufgefordert, die „große“ Wegstreckenentschädigung von 30 auf 40 Cent und die „kleine“ Wegstreckenentschädigung von 20 auf 25 Cent anzuheben und darauf verwiesen, dass in anderen Bundesländern eine Anhebung der Wegstreckenentschädigung bereits umgesetzt beziehungsweise beschlossen sei.
(05/40/08)

GDBA zum geplatzten Bahn-Börsengang: Bund muss jetzt in die DB AG investieren

(dbb) Vor dem Hintergrund der Entscheidung, den Börsengang der Deutschen Bahn zunächst zu verschieben, hat die Verkehrsgewerkschaft GDBA die Bundesregierung am 9. Oktober 2008 aufgefordert, die Finanzierung aller notwendigen Maßnahmen dauerhaft sicherzustellen.

Die GDBA erinnerte daran, dass der Bund als Eigentümer die Teilprivatisierung gewollt habe, um notwendige Investitionen nicht aus dem Bundeshaushalt, sondern über Privatisierungserlöse zu finanzieren. Werde der Börsengang nun verschoben oder ganz in Frage gestellt, sei der Bund wieder in der Verantwortung. Um auch künftig wettbewerbsfähig zu sein, müssten Millionenbeträge in die Schieneninfrastruktur, in Bahnhöfe und moderne Züge investiert werden. Wenn der DB AG jetzt der Geldhahn zugedreht wird, drohe das Unternehmen dau-

erhaft Schaden zu nehmen, so die Mahnung der Verkehrsgewerkschaft GDBA.

Die GDBA forderte den Bund auf, sich seiner besonderen Verantwortung bewusst zu sein. Investitionen, die das Wachstum des Unternehmens und, mit Blick auf Infrastrukturmaßnahmen, auch der Volkswirtschaft, auf lange Frist absichern, dürften nicht kurzfristigen Erwägungen unterworfen werden.
(06/40/08)

GDL begrüßt DB-Börsenstopp: Vorerst den richtige Schritt getan

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) begrüßt die Entscheidung des Bundes, den Börsengang der Deutschen Bahn zu verschieben. „Ein Börsengang zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein Spiel mit dem Feuer“, sagte der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky am 9. Oktober 2008 in Frankfurt. „Aufgrund der turbulenten Entwicklung auf den Finanzmärkten ist damit aber nur vorerst der richtige Schritt getan, um das in den vergangenen Jahrzehnten investierte Volksvermögen nicht zu verschleudern.“

GDL und Eisenbahner seien erleichtert, so Weselsky. Der jetzige Erlös hätte den Renditedruck auf das Unternehmen und damit sowohl den Arbeitsplatzabbau als auch den Druck auf die Beschäftigten enorm erhöht. „Wir hoffen, dass der Eigentümer Bund jetzt die Chance

ergreift, nicht nur kurzfristig den Termin zu verschieben, sondern sowohl die Börsenfähigkeit als auch die Form der Kapitalprivatisierung einer Zäsur unterzieht“, mahnte der GDL-Chef.
(07/40/08)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb hat seine Imagebroschüre aktualisiert und neu gestaltet. Darin werden seine Ziele, Grundlagen und Leistungen auf den Punkt gebracht. Kurze Texte, verbunden mit Infokästen und einer dynamischen Bildsprache, greifen den Titel der Broschüre „Gemeinsam neue Wege gehen. Mehr erreichen“ auf. Zur Verwendung im Rahmen der Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit können Mitgliedsgewerkschaften und Landesbünde beim Geschäftsbereich Kommunikation kostenlos Mehrstücke bestellen. Die E-Mail –Adresse lautet: Bestelleingang@dbb.de.

Nach intensiven Bemühungen um eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung verzeichnete der dbb saar jetzt einen Erfolg. Der am 13. Oktober 2008 an den dbb Landesbund zur Stellungnahme weiter geleitete Entwurf des Landesinnenministerium zur Änderung des saarländischen Reisekostengesetzes sieht für mit privaten PKWs aufgeführte Dienstfahrten eine nach Hubraum gestaffelte Erhöhung der Wegstreckenentschädigung auf bis zu 34 Cent pro gefahrenem Kilometer vor. Auch wurde die bisher auf 8100 Kilometer festgelegte Begrenzung der Jahresfahrleistung aufgehoben. Die Änderung im Reisekostengesetz des Saarlandes sollen spätestens zum 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Mit Blick auf die angelaufenen staatlichen Aktivitäten zur Rettung der deutschen Banken hat der Vorsitzende des dbb hamburg, Rudolf Klüver, mehr Respekt für die Arbeit der Beamten gefordert: „Immer wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird nach dem Staat gerufen, immer wenn es was zu meckern gibt, sind in erster Linie die Staatsdiener schuld; so kann es nicht weitergehen“, machte Klüver am 14. Oktober 2008 deutlich. „Die oftmals in der Öffentlichkeit belächelten Beamtinnen und Beamten sollen es nun richten.“ Der dbb Lan-

deschef forderte vom Hamburger Senat zugleich Rechenschaft, in welchem Ausmaß die Bürger der Hansestadt von der Finanzkrise betroffen sein könnten.

Vor Lehrernotstand und einer drohenden Überalterung des Lehrpersonals hat der sbb beamtenbund und tarifunion sachsen gewarnt: In den kommenden fünf Jahren würden 6830 Lehrkräfte der derzeit rund 35000 Beschäftigten in den Ruhestand oder die Altersteilzeit treten, während im gleichen Zeitraum die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen um 4,5 Prozent anstiegen, heißt es in einer am 15. Oktober 2008 veröffentlichten Mitteilung, die der sbb mit Bezug auf einschlägige Berechnungen seiner Lehrerverbände erarbeitet hat. Die für 2008 geplanten 330 Neueinstellungen wirkten angesichts dieser Prognosen wie der Tropfen auf den heißen Stein. Als geeignete Maßnahmen zur Abwendung des drohenden Lehrermangels forderte der sbb: mehr Referendarstellen zur Ausbildung von Pädagogen, Verbeamtung nach erfolgreichem Abschluss des Referendariats sowie eine angemessene Eingruppierung.

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Forstleute (BDF), Hans Jacobs hat das öffentliche Interesse, das die Wahl des Bergahorn zum „Baum des Jahres 2009“ am 15. Oktober 2008 begleitete zum Anlass genommen, um auf die große Verantwortung hinzuweisen, die Forstleuten im Klima- und Umweltschutz zukommt. Unter diesem Blickwinkel sei die Wahrnehmung und Wertschätzung durch Politik und Gesellschaft „für die Forstleute von heute, die für den Wald von morgen verantwortlich sind“ ein großer Gewinn, sagte der BDF-Chef. Der Baum des Jahres wird jeweils im vorangehenden Herbst vom Kuratorium Baum des Jahres (KBJ) gekürt, dem der BDF angehört. (08/40/08)